

# Björn Säger, MdB

## Newsletter aus Berlin

### Mehrwertsteuersenkung ist Erfolg

Heftig diskutiert wurde zu Jahresbeginn die von der Koalition beschlossene Senkung der Mehrwertsteuer für Beherbergungsbetriebe. Doch nach der erfolgreichen Einführung des

Sprache: Schon nach vier Wochen wurde bundesweit allein von einem Bruchteil (ca. 0,6 Prozent) der deutschen Beherbergungsbetriebe 55.895.470,00 Euro in Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen investiert, bzw. sind für 2010 geplant. Diese Investitionen kommen vor allen Dingen dem ortsansässigen Handwerk sowie dem Mittelstand zu Gute.

Daneben sind durch die Unternehmen bereits 131 neue Vollzeitstellen entstanden bzw. werden geschaffen. Besonders erfreulich sind auch die zusätzlichen 46 Ausbildungsstellen, die jungen Menschen eine Chance für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben bieten. Genau diesen Impuls für mehr Investitionen und Arbeitsplätze wollten wir setzen.

In Hessen stellen sich die Auswirkungen wie folgt da: Von 246 befragten hessischen Hoteliers gaben 71,95% an, Investitionen im Betrieb (Renovierungen) durchzuführen, 49,59% kündigten eine Aufstockung des Personals an und 15,85% wollen die Preise senken (Stand: 29.01.). Darüber hinaus wollen 96% der Betriebe im Jahr 2010 und in den Folgejahren Investitionen in ihren Betrieben tätigen und 69% peilen in den kommenden Jahren Investitionen im Bereich Personal an. Dazu gehören Neueinstellungen, Ausbildungsplätze, Lohnanpassungen und Fortbildungsmaßnahmen.

Trotz aller Kritik an der Mehrwertsteuersenkung zeigt sich doch, dass von den Maßnahmen insbesondere auch die Menschen vor Ort profitieren.

#### Investitionen schaffen Arbeitsplätze und stärken heimisches Handwerk



ermäßigten Mehrwertsteuersatzes zeigt sich, dass dieser Schritt der richtige war. Denn die bereits jetzt bekannten Zahlen sprechen eine klare

### Wer arbeitet, muss auch mehr haben

Guido Westerwelle mag seine Äußerungen zu Hartz-IV etwas zugespitzt formuliert haben, dennoch brauchen wir eine sachliche Debatte zur Zukunft unserer Sozialsysteme. Ich bin überzeugt davon, dass die großen Teile der Bevölkerung tatsächlich so denken wie wir, nämlich, dass die Mitte der Gesellschaft gestärkt werden muss, dass diejenigen, die arbeiten, mehr haben müssen als

diejenigen, die nicht arbeiten. Das ist der Kern der Aussage von Herrn Westerwelle gewesen, und das ist auch das, wofür wir eintreten und wofür wir gewählt worden sind. Wir wollen, dass die Mitte in Deutschland endlich wieder fair behandelt wird.

Daneben darf nicht vergessen werden, dass die beste Sozialpolitik immer noch die Bildungs-

politik ist. Leider wird aber fast die Hälfte des Bundeshaushalts für Sozialleistungen ausgegeben, während für Bildung nur mickrige 1,7 Prozent übrig bleiben. Wir müssen in die Köpfe unserer Kinder investieren. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt ebenfalls bestätigt, dass die Kinder auch in der Sozialpolitik wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden müssen.

#### Themen in dieser Ausgabe:

- > Mehrwertsteuersenkung ist voller Erfolg
- > Hartz-IV-Diskussion
- > Ratingagenturen besser kontrollieren
- > Bonuszahlungen für Bankmanager
- > Kreditklemme und KfW-Reform
- > Politik für den Wahlkreis
- > Aus dem Plenum
- > Internet und Web 2.0

#### Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Exemplar halten Sie die erste Ausgabe meines Newsletters in den Händen. Zukünftig werde ich Sie regelmäßig in dieser Form über meine Arbeit im Deutschen Bundestag, über aktuelle, fachübergreifende Themen der Bundespolitik und über mein Engagement für und in Nordhessen informieren.

Ich hoffe, die Auswahl der Themen und deren Aufbereitung trifft auf Ihre Zustimmung! Gern bin ich für Ihre Anregungen offen: mailen Sie Kritik, aber natürlich gern auch Lob, an [berlin@bjoern-saenger.de](mailto:berlin@bjoern-saenger.de).

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr 

**Genauer auf die Arbeitsmethoden achten**



**Ratingagenturen besser kontrollieren**

Die Bundesregierung hat Mitte Januar einen Gesetzentwurf verabschiedet, mit dem Ratingagenturen zukünftig stärker kontrolliert werden sollen. Mit dem beschlossenen Gesetz zur EU-Ratingverordnung wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Aufsichtsbehore in Deutschland benannt. Ab Januar 2011 soll dann die neu zu schaffende Europäische Wertpapieraufsichtsbehore die Aufsicht in Europa übernehmen. Ziel ist es unter anderem, das Ratingver-

fahren zu verbessern.

Dieser Entwurf ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die bisherigen Instrumente versagt haben und es daher einer strikteren Kontrolle bedarf. Die FDP-Fraktion würdigt daher die Bemühung der Bundesregierung positiv, genauer auf die Arbeitsmethoden der Ratingagenturen zu achten.

Damit die schwarzen Schafe der Branche zur Rechenschaft gezogen werden können, muss

sich auch die BaFin ihrer Verantwortung bewusst sein und genau hinsehen. Ein Wegsehen wie im Falle der Banken darf es in Zukunft nicht mehr geben. Ich bin zuversichtlich, dass durch die vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen Interessenskonflikte zukünftig verhindert werden und sich die Ratingqualität verbessern wird. Im Sinne einer liberalen Finanzpolitik wird man sich aber die Methodik der Ratingagenturen im Grundsatz noch einmal stärker anschauen müssen.

„Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille“

**Bonuszahlungen für Bankmanager**

In den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion sind im Rahmen der Finanzkrise auch die Bonuszahlungen für Bankmanager gerückt. Dabei sind Boni, also Leistungsanreize in der Vergütung auf breiter Ebene, nicht das schlechteste Instrument, wenn man Leistung fördern will. Aber das muss mit einer entsprechenden Verant-

wortung hinterlegt sein. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille. Hier muss ein Zusammenhang zwischen Boni auf der einen Seite und Verantwortung und Haftung auf der anderen Seite geschaffen werden. Der Bundesbankpräsident Weber hat vollkommen recht: Es ist außerordentlich ratsam für die Fi-

nanzbranche, die Gewinne, die momentan wieder erzielt werden, in das Eigenkapital anstatt in Boni zu stecken.

Ein gutes marktwirtschaftliches Instrument, um zu einer Verhaltensänderung zu kommen, zeigt die z.B. Bosch GmbH, die Geschaftsbearbeiter mit Banken, beendet die Boni zahlen.

**Kreditklemme und KfW-Reform**

Die Kreditwirtschaft ist überwiegend durch eigenes Verschulden kräftig durchgeruttelt worden, und das Vertrauen fehlt. Die Lage auf dem Kreditmarkt muss uns nachdenklich stimmen, aber nicht zwingend beunruhigen.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, dass gemäß aktueller KfW-

Förderstatistik das Volumen der Neuzusagen in 2009 im Vergleich zum Vorjahr in allen Geschäftsbereichen stark zurückgegangen ist.

Hinzu kommt, dass die teils bürokratischen Verfahren der KfW erstens zu einer moderaten Nutzung der Programme durch Hausbanken, zweitens zu langen Bearbeitungszeiten und

drittens zu einer Konditionenverteuerung für die Antragsteller führen. Eine Neuausrichtung des Geschäftsmodells der staatlichen Förderbank wäre daher sinnvoll. Die Bundesregierung setzte in der Krise verstärkt auf Globaldarlehen. Wenn dies ein sinnvolles Instrument ist, dann sollte man überlegen, sich auch in der KfW darauf zu konzentrieren.



**Kreditklemme verhindern und KfW reformieren**

## 100-Tage-Bilanz

Aus guter Tradition wird nach 100 Tagen im Amt eine Bilanz gezogen. Im Zuge zweier Redaktionsgespräche mit dem Extra Tip und der Waldeckischen Landeszeitung habe ich den Start der Regierung beurteilt.

Als Fazit sehe ich, dass die ersten 100 Tage für Deutschland ein Gewinn waren. Zwar war der Start an manchen Stellen etwas holprig, aber es kann auch niemand erwarten, dass wir in 100 Tagen unser gesamtes Wahlprogramm, bzw. die Verhandlungsergebnisse

aus dem Koalitionsvertrag umsetzen können. Hinzu kommt, dass innerhalb der Union noch nicht bei allen angekommen ist, dass das was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, auch umzusetzen ist.

Positiv ist in jedem Fall, dass wir die Familien um 4,6 Mio. Euro entlastet haben und mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auch Unternehmen einen Weg aus der Krise aufgezeigt haben. Die Senkung der Mehrwertsteuer in der Hotellerie sehe ich als Erfolg an.

Zu tun bleibt noch einiges. So will ich im Finanzausschuss mithelfen, dem Bankensektor genau auf die Finger zu schauen. Bonuszahlungen, Ratingagenturen und die Finanzmarktaufsicht werden uns dort beschäftigen.

Außerdem müssen die verantwortlichen Banker stärker für ihr Versagen haftbar gemacht werden können. Da muss auch mal die Villa im Tessin weg sein. Die Branche muss in den nächsten 10, 20 Jahre die Kosten der Krise tragen.



**Ersten 100 Tage ein Gewinn für Deutschland**

## Breitbandversorgung schneller ausbauen

Die vom Bundeswirtschaftsminister Brüderle angestoßene Initiative zur Basisversorgung in noch nicht angeschlossenen Gebieten begrüße ich ausdrücklich. Gerade auch im Hinblick auf die Entwicklungen in einigen Kommunen in Nordhessen, ist es wichtig, dass Politik, Bürger und Anbieter an einem Strang ziehen. Die Telekommunikati-

onsanbieter sind jetzt ebenso in der Pflicht, wie die Kommunen, gemeinsam an einer zügigeren Anbindung von Breitbandversorgung zu arbeiten.

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP die Steigerung der Breitbandversorgung in Deutschland sowohl in der Fläche als auch in der Leis-

tungsfähigkeit als einen wesentlichen Punkt der Regierungsarbeit verankert. Eine flächendeckende Breitbandversorgung gehört mittlerweile zur Daseinsvorsorge, denn moderne Kommunikationsnetze schaffen verstärkten Zugang zu Informationen und damit auch mehr wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität.

**„Moderne Kommunikationsnetze schaffen verstärkten Zugang zu Informationen und damit auch mehr wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität“**

## Sofortprogramm für die Landwirtschaft

Die Landwirtschaftsministerin hat die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung sowie die Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse als zentrales Ziel der Agrarpolitik der Bundesregierung benannt. Zu Recht, denn nur eine flächendeckende Landwirtschaft sichert regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Das von der Bundesregie-

rung geplante Sofortprogramm ist definitiv ein guter Schritt in die richtige Richtung. Die Landwirtschaft in Deutschland braucht jedoch einen grundlegenden Strukturwandel. Ich weiß, mit welchem Engagement und Idealismus die heimischen Landwirte an ihre Arbeit herangehen. Leider werden auch sie durch viel zu große Bürokratie in ihrem Schaffen ausgebremst.

Hier muss dringend ein Politikwechsel einsetzen. Viele Betriebe, gerade in der Milchwirtschaft, müssen sich ein zweites oder drittes Standbein aufbauen, um so ihre Betriebe für die Zukunft fit zu machen. Daher ist es auch richtig, wenn die Bundesregierung unter anderem auf eine einheitliche Besteuerung des Agrardiesels innerhalb der EU hinwirken wird.

**Kurzfristigen Maßnahmen und mittelfristigen Strukturverbesserungen**



Aus dem  
Plenum

## Aktuelle Rede im Bundestag



Rede vom 10.02.2010 zum Thema "Die Banken sollen für die Krise zahlen" (Antrag der Fraktion DIE LINKE, [Drs. 17/471](#))

Alle Reden zum anhören und nachlesen auch auf:  
[www.bjoern-saenger.de](http://www.bjoern-saenger.de) oder  
[www.youtube.de/bjoernsaenger](http://www.youtube.de/bjoernsaenger)

Björn Säger, MdB

Deutscher Bundestag  
Björn Säger, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030-227 74665  
Fax: 030-227 76665  
E-Mail: [berlin@bjoern-saenger.de](mailto:berlin@bjoern-saenger.de)  
Homepage: [www.bjoern-saenger.de](http://www.bjoern-saenger.de)

Bildnachweis:

S. 1: Davis Schrapel @ pixelio.de  
S. 2: Michael Grabscheit @ pixelio.de  
S. 2: Uta Herbert @ pixelio.de  
S. 3: Maja Dumat @ pixelio.de

## Björn Säger im Web 2.0

Wer sich auf der Homepage [www.bjoern-saenger.de](http://www.bjoern-saenger.de) umschaut, wird feststellen, dass wesentliche Bestandteile des Web 2.0 integriert sind. Ob Twitter, YouTube, oder die Social Networks StudiVZ/MeinVZ, Wer-kennt-Wen und Facebook haben ihren festen Platz auf der Homepage. So kann der Dialog mit den Menschen in der Region noch intensiver gepflegt werden.

Ebenso können die Reden im Deutschen Bundestag über den YouTube-Kanal verfolgt werden und auch im Nachhinein abgerufen werden.

Transparenz und Bürgernähe sind auch bei allen anderen Aktivitäten im Internet die Grundlage.

Ergänzend zu meinem eigenen Internetangebot stehe ich auf [www.abgeordneten-watch.de](http://www.abgeordneten-watch.de) für Fragen, Anregungen und Kritik gerne zur Verfügung.

In den zahlreichen Gruppen in den oben erwähnten Netzwerken diskutiere ich gerne direkt mit allen Interessierten. Dabei scheue ich mich auch nicht, mich mit kritischen Positionen auseinanderzusetzen. Demokratie und der demokratischer Willensbildungsprozess leben

vom Mitmachen und Mitreden. Ich freue mich daher über jeden Kommentar, Diskussionsbeitrag oder jede eMail.

Daneben stehe ich natürlich auch gerne im persönlichen Gespräch, per Telefon, oder auf Zuschriften hin gerne Rede und Antwort.

[www.twitter.com/bjoernsaenger](http://www.twitter.com/bjoernsaenger)

[www.meinvz.net/bjoern-saenger](http://www.meinvz.net/bjoern-saenger)

[www.youtube.de/bjoernsaenger](http://www.youtube.de/bjoernsaenger)

[www.wer-kennt-wen.de/person/b35ffpvt](http://www.wer-kennt-wen.de/person/b35ffpvt)

[www.facebook.com/bsaenger](http://www.facebook.com/bsaenger)



[twitter.com/bjoernsaenger](http://twitter.com/bjoernsaenger)  
[facebook.com/bsaenger](http://facebook.com/bsaenger)  
[meinvz.net/bjoern-saenger](http://meinvz.net/bjoern-saenger)